

Kein Kurswechsel in der deutschen Burma-Politik

Öffentliche Anhörung am 25.11.1993 in Bonn

Es herrschte weitgehend Einmütigkeit bei der öffentlichen Anhörung über "Die aktuelle Lage in Burma – Mögliche Konsequenzen für die Entwicklungs- und Außenpolitik". Doch bei Burma, das derzeit neben dem Irak als brutalstes Regime der Welt geächtet wird, ist es auch nicht schwer, in wesentlichen Punkten einen Konsens zu finden – selbst wenn so unterschiedliche Leute wie der Journalist und Article XIX-Aktivist Martin Smith und der Asienreferatsleiter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), Dr. Martin Greiff, auf einem Podium sitzen.

Auf Anregung des interfraktionellen Burma-Gesprächskreises im Deutschen Bundestag hatte die Heinrich-Böll-Stiftung am 25. November zu der fünfständigen Anhörung nach Bonn eingeladen. Neben Smith gaben der Politikwissenschaftler Prof. Jürgen Rühland, Dr. Kyaw Tha Tun und Nils von Keyserlingk, der acht Jahre mit der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (gtz) in Burma war, im Informations teil ihre Einschätzung darüber, wie ernst zu nehmen die gegenwärtigen Veränderungen in Burma sind. Anschließend referierten Dr. Stefan Collignon von der Association France-Birmanie, Greiff und Jürgen Staks vom Auswärtigen Amt ihre Schlußfolgerungen für eine deutsche und europäische Burma-Politik.

Verurteilung der Junta

Einhellig verurteilten die Referenten Burmas Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung (SLORC), aber in ihrem Fazit wichen sie teilweise deutlich voneinander ab. "Regimes, die so fest installiert sind wie der SLORC, reagieren nur auf internationalen Druck", erwieh sich Jürgen Rühland als der vehementeste Verfechter einer Isolations- und Sanktionspolitik. Wer für die Wiederaufnahme der Zusammenarbeit plädierte, um das Regime zu weiterer Öffnung zu ermutigen, der näherte sich dem "constructive engagement" der ASEAN-Staaten an. Der nach korporativen Mustern zusammengesetzte Nationalkonvent des SLORC mache eine pluralistische Verfassung unmöglich. Die Struktur des Systems lasse eine innere Reformierung nicht zu. Neben der Aufwertung der Gegenregierung forderte Rühland Entwicklungshilfe für die Minderheiten und ein Wirtschafts- und Waffenembargo sowie massiven Druck.

Diese strikte Linie wurde von BMZ-Referatsleiter Greiff unterstützt. An eine

finanzielle Unterstützung sei gegenwärtig nur für Projekte von Nichtregierungsorganisationen (NGO) mit Partnerorganisationen im Kernland Burmas oder in den Minderheitengebieten zu denken. Die Veränderungen in Burma seien lediglich kosmetischer Natur und daher wäre die Wiederaufnahme von Entwicklungshilfe ein falsches Signal an die Militärregierung. Greiff mußte sich den Vorwurf des CDU-Abgeordneten Dietrich Mahlo gefallen lassen, sein Ministerium gebrauchte im Falle Chinas genau die umgekehrte Argumentation. "Wenn man sagt, dieser Weg ist ausgeschlossen, welchen Weg zur Entwicklung haben wir dann noch?", wollte der Abgeordnete wissen.

Sanktionen wirkungslos?

"Keinen", hätte Stefan Collignon hier erwidern können, zumindest legte seine wirtschaftliche Analyse diese Antwort nahe. Burmas Wirtschaftsstruktur mache Sanktionen wirkungslos. Nachdem das kurzfristige Wachstum durch den Raubbau an natürlichen Ressourcen wieder abnimmt, konzentrierten sich wirtschaftliche Aktivitäten in der Landwirtschaft und im informellen Sektor – Bereichen, in denen Sanktionen nicht greifen. Burma sei abhängig von der asiatischen Ökonomie. Ausdrücklich begrüßte er einen möglichen ASEAN-Beitritt Burmas – ein Schreckgespenst vieler Burma-Solidaritätsgruppen, die dadurch die endgültige Konsolidation des SLORC befürchten. Collignon hingegen verspricht sich davon größere Einflußmöglichkeiten, sowohl auf die Politik der ASEAN-Staaten als auch auf Burma selbst. Er schlug vor, auf europäischer und schließlich internationaler Ebene einen wirtschaftlichen Normenkodex auszuarbeiten, dabei soll vor allem eine direkte Zusammenarbeit mit dem Militär ausgeschlossen sein. Collignon teilte Rühlands Forderung nach einem globalen Waffenembargo, das auf UN-Ebene durchgesetzt werden müsse.

Auch Martin Smith, der mit einem Hauch von Genugtuung von den gescheiterten Investor-Träumen vom schnellen Geld berichtete, votierte für eine Arbeit vor allem von NGOs in Burma. Dabei müsse gewährleistet sein, daß wirklich die Menschen erreicht werden. Eine Zusammenarbeit mit dem Militär schloß er aus. Burmas gravierende Wirtschaftsprobleme sah er auch als einen Grund für die Spitzenposition des Landes in der Drogenproduktion, das seinen Opiumanbau seit 1988 mehr als verdoppelt habe. Durch Armut forciert,

werde in immer mehr Gegenden Drogen angebaut. Damit widersprach er von Keyserlingks Einschätzung, daß der SLORC deutliche Fortschritte in der Drogenbekämpfung mache.

Daß Burmas Grundideologie keine Erfindung des SLORC sei, erläuterte Dr. Kyaw Tha Tun. Seine Ausführungen über die traditionelle Rolle der Armee bestärkten die Annahme, daß eine Entwicklung an der Militärregierung vorbei unwahrscheinlich ist. Sehr zurückhaltend urteilte er über die schwer durchschaubaren jüngsten Entwicklungen zwischen SLORC und den ethnischen Gruppen (vgl. S. 53). Die Konflikte, die die Waffenstillstandsgespräche zwischen Kachin und SLORC in der Demokratischen Allianz Burmas (DAB) ausgelöst hätten, seien nicht zuletzt ein semantisches Problem (Waffenstillstandsgespräche, –verhandlungen, –abschlüsse oder Friedensgespräche etc.) und ein Problem der technischen Kommunikationsmöglichkeiten innerhalb der DAB. Auf die Frage aus dem Plenum nach wirtschaftlichen Interessen der Kachin, schloß Kyaw Tha Tun ein Angebot lukrativer wirtschaftlicher Hilfen nicht aus. Unabhängig davon konstatierte er eine andere Entwicklung beim SLORC: dieser versuche scheinbar, sich eine Massenbasis zu schaffen. Beim Innenministerium sei eine Gesellschaft zur Stabilisierung und Entwicklung des Landes registriert worden, in der sich öffentliche Bedienstete, denen Parteiarbeit untersagt ist, betätigen können. Stabilisierung und Entwicklung sei bisher unter den Alleinvertretungsanspruch des SLORC gefallen.

Das Plenum aus Abgeordneten, VertreterInnen von NGOs und anderen Interessierten stellte ausführlich Fragen. Nur Jürgen Staks blieb einmal die Antwort schuldig: Getreu dem Motto, der Ton macht die Musik, zeigte er sich verstimmert über die Polemik, mit der ein Teilnehmer sich nach Botschafter von Marshalls angeblicher Beteiligung an der Eröffnung einer Straße erkundigte, die der SLORC mit Zwangsarbeitern gebaut haben soll.

Ganz untypisch für eine Burma-Veranstaltung endete die Anhörung ohne eine Resolution. Das trägt vielleicht der Situation Rechnung, daß ein schneller Kurswechsel in der deutschen Burma-Politik nicht zu erwarten ist. Massive Veränderungen in Burma selbst scheinen in nächster Zeit nur aus zwei Gründen möglich: erstens, die ethnischen Gruppen akzeptieren das Gesprächsangebot Generalleutnant Khin Nyunts oder zweitens, nur einige der ethnischen Gruppen nehmen Waffenstillstandsverhandlungen auf, was einen Zerfall der DAB nach sich ziehen könnte. Zumindest beim ersten Fall werden die Konsequenzen für die deutsche Entwicklungs- und Außenpolitik erneut überdacht werden müssen.

Silvia Feist

Die Autorin ist Mitarbeiterin im Burma Büro.